

Niederschrift

über die

4. Sitzung des Kreistages

am

Freitag, dem 13.12.2024

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

1. **Sitzungsbeginn:** 14:35 Uhr
 2. **Ende der Sitzung:** 17:38 Uhr
 3. **Ort der Sitzung:** Großen Sitzungssaal (4. Stock)
 Kreisverwaltung Ahrweiler

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzende:

Frau Cornelia Weigand Landrätin

Mitglieder des Kreistages:

Herr Günter Bach	SPD	
Frau Natalie Baum	CDU	ging während TOP 17
Herr Ulrich van Bebber	FDP	
Herr Johannes Bell	FWG	
Herr Frank Bender	AfD	
Herr Georg Bläser	CDU	
Herr Wilhelm Busch	CDU	
Frau Elisabeth Dahr	FWG	
Herr Ralf Degen	FWG	
Herr Guido Ernst	CDU	
Herr Reiner Friedsam	FWG	
Herr Mathias Heeb	Bündnis 90/Die Grünen	
Hans-Jürgen Juchem	CDU	
Herr Martin Kallweitt	AfD	
Herr Jörn Kampmann	SPD	
Herr Frank Klapperich	SPD	
Herr Michael Korden	CDU	
Herr Fritz Langenhorst	SPD	
Frau Eva Lanzerath	CDU	
Frau Marion Morassi	Die Linke	
Herr Friedhelm Münch	FWG	
Herr Ingo Nawa	AfD	
Frau Verena Örenbas	Bündnis 90/Die Grünen	kam während TOP 07
Herr Dr. Axel Ritter	WKA	
Herr Jan Ritter	CDU	
Frau Sarah Rößel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christoph Scheuer	Bündnis90/Die Grünen	

Herr Wolfgang Schlagwein		
Herr Andreas Schmitt	SPD	
Herr Christoph Schmitt	SPD	ging während TOP 16
Herr Eugen Schmitt	CDU	
Herr Michael Schneider	CDU	
Frau Petra Schneider, MdL	CDU	
Herr Jürgen Schwarzmann	CDU	
Herr Gregor Sebastian	FWG	
Herr Wolfgang Seidler	AfD	
Herr Dominik Graf von Spee	FDP	
Herr Udo Stratmann	CDU	
Frau Birgit Stupp	B'90/ Die Grünen	
Herr Dirk Tepper	AfD	
Herr Marcel Werner	CDU	ging während TOP 16

Kreisbeigeordnete:

Herr Erster Kreisbeigeordneter Horst Gies, MdL	CDU	
Frau Kreisbeigeordnete Sabine Glaser	SPD	
Frau Kreisbeigeordnete Christina Steinhausen	FDP	ging während TOP 17

Geschäftsbereichsleiter:

Frau Anja Toenneßen

Fachbereichsleiter:

Frau Siglinde Hornbach-Beckers
 Frau Almut Schepers
 Herr Erich Seul

Mitarbeiter der Verwaltung:

Herr Arno Müller
 Herr Julian Neißner
 Herr Gerrit Schmickler

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder des Kreistages:**

Herr Hans-Josef Marx	FWG
Frau Susanne Müller, MdL	SPD
Frau Elke Surges	CDU
Frau Pia Wasem	CDU

N i e d e r s c h r i f t

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung:
1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge im Landkreis Ahrweiler; Antrag der AfD Fraktion vom 01.10.2024
3.	Wahl des Verwaltungsrates der Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR
4.	Wahl von weiteren Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Demografischen Wandel
5.	Ersatzwahl für die Trägerversammlung nach dem SGB II
6.	Berufung der Besuchskommission nach dem Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG)
7.	Bestellung der in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler zu berufenden Mitglieder
8.	Beteiligung des Landkreises an den Regionalen Tourismusorganisationen
9.	Umsetzung weiterer Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept
10.	ZukunftBundRegion – Projekt zur integrierten Entwicklung der Bundesstadtregion Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler/Neuwied
11.	Bestellung eines Abschlussprüfers für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler für das Jahr 2024
12.	Zustimmung zur Bestellung eines Abschlussprüfers für die Jahre 2025-2027 für die Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR
13.	Feststellung des Jahresabschlusses 2023 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
14.	Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2025 der Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR
15.	Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler
16.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
17.	Haushaltsberatungen 2025; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltsplan Gertrud-Pons-Stiftung
18.	Anfragen nach §19 der Geschäftsordnung
19.	Einwohnerfragestunde
	Nichtöffentliche Sitzung:

20.

Personalangelegenheit: Zustimmung zur Bestellung des Vorstandes der
Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
---	---

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistags fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Kreistags am 10.10.2024 wurden keine Einwendungen erhoben.

Es gab keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung.

2	Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge im Landkreis Ahrweiler; Antrag der AfD Fraktion vom 01.10.2024
---	---

Nach einleitenden Worten übergab die Vorsitzende das Wort an Herrn Kallweitt (AfD), der den Antrag der AfD-Fraktion erläuterte.

Antrag:

„Die AfD-Fraktion stellt den Antrag das der Kreistag beschließen möge das zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Voraussetzungen und alsbaldige Umsetzung der Einführung der sogenannte Bezahlkarte im gesamten Ahrkreis für Flüchtlinge durch die Kreisverwaltung geprüft und auch eingeführt wird.“

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 36
Enthaltungen: 1

mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Entscheidung über die Einführung der Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG zu vertagen, bis die notwendigen Bedingungen in Bezug auf die Umsetzung, die Kosten sowie den Betrieb der Bezahlkarte bekannt sind.

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 1

mehrheitlich beschlossen

3	Wahl des Verwaltungsrates der Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR
---	--

Der Kreistag beschloss einstimmig, alle folgenden Wahlen in offener Abstimmung durchzuführen.

Das Stimmrecht der Vorsitzenden ruhte bei allen nachfolgenden Wahlen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag wählt folgende Personen in den Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR:

Mitglied	Stellvertretung
1. Udo Stratmann (CDU)	1. Hans-Werner Adams (CDU)
2. Georg Bläser (CDU)	2. Pia Wasem (CDU)
3. Jan Ritter (CDU)	3. Hans-Jürgen Münch (CDU)
4. Wilhelm Busch (CDU)	4. Natalie Baum (CDU)
5. Eva Lanzerath (CDU)	5. Jürgen Schwarzmann (CDU)
6. Fritz Langenhorst (SPD)	6. Christoph Schmitt (SPD)
7. Frank Klapperich (SPD)	7. Günter Bach (SPD)
8. Friedhelm Münch (FWG)	8. Reiner Doemen (FWG)
9. Johannes Bell (FWG)	9. Ralf Degen (FWG)
10. Verena Örenbas (Bündnis 90/Die Grünen)	10. Sarah Rößel (Bündnis 90/Die Grünen)
11. Christoph Scheuer (Bündnis 90/Die Grünen)	11. Birgit Stupp (Bündnis 90/Die Grünen)
12. Wolfgang Seidler (AfD)	12. Ingo Nawa (AfD)
13. Frank Bender (AfD)	13. Martin Kallweitt (AfD)
14. Ulrich van Bebber (FDP)	14. David Jacobs (FDP)

einstimmig beschlossen

4	Wahl von weiteren Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Demografischen Wandel
---	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag wählt Frau Ingrid Jung und Frau Petra Münch zum Mitglied beziehungsweise stellvertretenden Mitglied als Vertreter der pflegebedürftigen Menschen in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Demografischen Wandel.

einstimmig beschlossen

5	Ersatzwahl für die Trägerversammlung nach dem SGB II
---	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion Herrn Andreas Schmitt als Ersatzperson für Herrn Christoph Schmitt zum Mitglied der Trägerversammlung nach dem SGB II.

einstimmig beschlossen

6	Berufung der Besuchskommission nach dem Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG)
---	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Berufung der nach § 15 Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG) vorgeschriebenen Besuchskommission für die Dauer von 5 Jahren. Der Kreistag beschließt folgende Personen als Mitglieder der Besuchskommission für Einrichtungen für Erwachsene zu berufen:

- 1. Herr Jacob Zschernak als Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie
- 2. Frau Ulrike Weitzel als Bereuungsrichterin
- 3. Herr Karl-Peter Gerigk als psychiatrieerfahrene Person
- 4. Frau Pelargie Wurms als Angehörigenvertreterin
- 5. Herr Michael Rhodmann als Pflegefachmann
- 6. Herr Joachim Titz als neutrale Person

einstimmig beschlossen

--	--

7	Bestellung der in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler zu berufenden Mitglieder
---	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag bestellt gemäß § 2 der Satzung des Landkreises Ahrweiler für Migration und Integration (Integrationsbeirat) vom 12.07.2024 Herrn Guido Ernst (CDU) und Frau Marion Morassi (SPD) zu berufenden Mitgliedern in den Integrationsbeirat.

einstimmig beschlossen

8	Beteiligung des Landkreises an den Regionalen Tourismusorganisationen
---	---

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgten Wortmeldungen von Herrn Bell (FWG) und Herrn Dr. Ritter (WKA).

Nach der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt folgte die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD- und FDP-Fraktionen vom 11.12.2024.

Beschluss:

der Kreistag stimmt:

1. dem Beitritt zum „Romantischen Rhein e.V.“ zum 01.01.2025 zu den aufgeführten Konditionen zu.
2. dem Beitritt zur „Tourismus-Kooperation Ahrtal“ zum 01.01.2025 auf der Grundlage des vorgelegten Vertragsentwurfs zu.
3. dem Beitritt zur „Eifel Tourismus GmbH“ zum 01.01.2025 zu den aufgeführten Konditionen zu.

Herr Ritter (CDU) nahm an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

einstimmig beschlossen

Nach einer Erläuterung des Antrages durch Herrn van Bebber (FDP) folgte eine Stellungnahme der Vorsitzenden.

Nach Abstimmung mit der Verwaltung modifizierter gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und FDP-Fraktionen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, dem Kreistag bis zur Kreistagssitzung im März

2025 eine Tourismusstrategie vorzulegen, in dem die kreiseigenen Ziele und die daraus abgeleiteten eigenen Aufgaben im Bereich Tourismus dargestellt werden. Darüber hinaus sollen die Strategie sowie die angedachten Maßnahmen dargestellt werden.

Abstimmung:

einstimmig beschlossen

9	Umsetzung weiterer Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept
---	--

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgten Wortmeldungen von Herrn van Bebber (FDP) und Herrn Kallweitt (AfD).

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die folgenden vier vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung:

- Agri-Photovoltaik: Variante B (10.000 €)
- Virtuelles Kraftwerk: Variante C (100.000 €) unter dem Vorbehalt einer Förderung (ca. 90%)
- Fortbildungsmöglichkeiten und Werbung für nachhaltige Berufsfelder: Variante B unter Voraussetzung eines Sponsorings/einer Förderung, die noch ermittelt werden muss (Kreisanteil: 5.000 €)
- Klimaschutzkriterien in der Vergabeordnung: Variante A (keine direkten Kosten)

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 5

Enthaltungen: 1

mehrheitlich beschlossen

10	ZukunftBundRegion – Projekt zur integrierten Entwicklung der Bundesstadtregion Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler/Neuwied
----	--

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgte eine Wortmeldung von Herrn van Bebber (FDP).

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Beteiligung des Landkreises Ahrweiler am regionsweiten Verbundprojekt unter dem Vorbehalt der Förderung zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten und die benötigten Finanzmittel für drei Jahre Projektlaufzeit in den Haushaltsplan einzustellen.

einstimmig beschlossen

11	Bestellung eines Abschlussprüfers für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler für das Jahr 2024
----	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz, zum Abschlussprüfer des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ahrweiler für das Jahr 2024 zu bestellen und die Verwaltung zu beauftragen, einen entsprechenden Prüfungsvertrag gemäß den gesetzlichen Bestimmungen abzuschließen.

einstimmig beschlossen

12	Zustimmung zur Bestellung eines Abschlussprüfers für die Jahre 2025-2027 für die Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR
----	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag erteilt seine Zustimmung zur Auftragsvergabe an die Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz, über die Durchführung der Abschlussprüfungen der Jahre 2025-2027 der AWB Kreis Ahrweiler AöR durch den Verwaltungsrat.

einstimmig beschlossen

13	Feststellung des Jahresabschlusses 2023 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
----	--

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgte eine Wortmeldung von Herrn van Bebber (FDP) auf die die Vorsitzende und Herr Hurtenbach (Werkleiter AWB) antworteten.

Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2023 mit einer Bilanzsumme von 31.191.613,27 € und einem Jahresgewinn von 3.041.775,77 € fest.

Der Jahresgewinn von 3.041.775,77 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

einstimmig beschlossen

14	Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2025 der Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR
----	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt nach § 8 lit. d) Anstatssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs Kreis Ahrweiler AöR dem Wirtschaftsplan 2025 zu.

einstimmig beschlossen

15	Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler
----	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2023 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler mit einer Bilanzsumme von 182.899.906,96 Euro und einem Jahresüberschuss von 698.144,32 Euro fest.

Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2023 wird an den Einrichtungsträger Landkreis Ahrweiler ausgeschüttet.

Weiter beschließt der Kreistag auf der Grundlage des § 57 Landkreisordnung (LKO) in Verbindung mit § 89 Abs. 1 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO), die Jahresabschlüsse zum 31.12.2024 bis zum 31.12.2030 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH aus Koblenz prüfen und testieren zu lassen.

einstimmig beschlossen

16	Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
17	Haushaltsberatungen 2025; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltsplan Gertrud-Pons-Stiftung

Die Mitglieder des Kreistags erklärten sich mit dem Vorschlag der Vorsitzenden einverstanden, die Tagesordnungspunkte 16 „Wirtschaftsplan 2025 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement“ und 17 „Haushaltsberatungen 2025: a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzungen b) Haushaltsplan Gertrud-Pons-Stiftung“ gemeinsam zu beraten.

Die Vorsitzende nahm zum mittelfristigen Haushaltskonsolidierungskonzept, dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2025 sowie zum Wirtschaftsplan 2025 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Stellung.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Korden (CDU), Herr C. Schmitt (SPD), Herr Münch (FWG), Herr Heeb Bündnis 90/die Grünen, Herr Kallweitt (AfD), Herr van Bebber (FDP), Frau Morassi (Die Linke), Herr Dr. Ritter (WKA), die Vorsitzende, Herr Schneider (CDU) und Herr Schlagwein.

Antrag der FWG-Fraktion:

Ministerpräsident Alexander Schweitzer wird in den Erweiterten Kreisvorstand eingeladen um mit ihm über die schwierige Finanzlage des Kreises bzw. der Kommunen insgesamt zu sprechen.“

Abstimmung:

einstimmig angenommen

Mittelfristiges Haushaltskonsolidierungskonzept

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP:

„I. Das unter IV der Vorlage zu den Haushaltsberatungen 2025 vorgelegte Konzept wird in folgenden Punkten geändert:

zu 2.: Streichung Gewinnabführung Kreissparkasse Ahrweiler

zu 3.: Schrittweise Anpassung der Kreisumlage streichen, stattdessen jährlich gesondert entscheiden.

zu 4.: Abbau der kw-Stellen plus Prüfauftrag an die Verwaltung, wo kw-Vermerke vorgezogen und gleichzeitig derzeit unbesetzte Stellen gestrichen werden können.

zu 5.: Einsparung bei Investitionen - Einsparungen bei Lehrschwimmbecken Adenau und IGS aus dem Konzept streichen.

zu 6.: Bildung eine Aufbaugesellschaften Wiederaufbau der Kreisschulen – wird ergänzt durch eine neue Nummer 8.

Einfügen einer neuen Nummer 7.: Durchführung einer Organisationsuntersuchung – Effektivität und Effizienz der organisatorischen Strukturen/Prozesse soll im Rahmen einer Organisationsuntersuchung geprüft und innerhalb von 2 Jahren abgeschlossen werden, z.B. durch die KGSt. Dies schließt auch eine Aufgabenkritik ein.

Einfügen einer neuen Nummer 8.: Auslagerung von Verwaltungstätigkeiten beim Wiederaufbau – (*siehe gesonderten Antrag*)

II.) Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept bis zu den Sommerferien 2025 weiter auszuarbeiten und alle Maßnahmen bezüglich ihrer quantitativen Wirkungen auf der Zeitachse darzustellen (tabellarische Gesamtdarstellung). Hierbei sind die Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt aufzuzeigen.

III.) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Organisationsuntersuchung entsprechend der neuen Nummer 7 durchzuführen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 2

Enthaltungen: 1

mehrheitlich angenommen

Ergänzender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP:

„Zu 1.) Neue Nr. 7: Durchführung einer Organisationsuntersuchung

Der Absatz zur Stellenbewertung wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die aktuell ausstehenden 80 Stellenbewertungen nach außen zu vergeben, zum Beispiel an die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) oder den KAV RP (Kommunaler Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz)“

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 6

Enthaltungen: 2

mehrheitlich angenommen

Beschluss zum Mittelfristigen Haushaltskonsolidierungskonzept:

Der Kreistag beschließt das Mittelfristige Haushaltskonsolidierungskonzept der Verwaltung mit den zuvor beschlossenen Änderungen.

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

mehrheitlich beschlossen

Wirtschaftsplan ESG

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP:

“Der Kreistag beschließt die Verwaltung zu beauftragen

a) bis zur Sitzung des Kreis- und Umweltausschusses am 27.01.2025 durch ein Rechtsgutachten prüfen zu lassen, ob Dienstleistungen zur Bewältigung der Herausforderungen des Wiederaufbaus im Rahmen einer “In-house-Vergabe” an die Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler AöR oder die Solarstrom Ahrweiler GmbH beauftragt werden können und ob es bei der AöR einer Satzungsänderung bedarf, um diese Dienstleistungen erbringen zu können und die Ergebnisse in der Sitzung zu präsentieren,

b) bis zur Sitzung des Kreis- und Umweltausschusses am 17.02.2025 innerhalb der Kreisverwaltung und des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement zu prüfen, auf welchen Stellen in welchem Umfang Tätigkeiten wahrgenommen werden, die einen flut- und wiederaufbaubedingten Zusatzaufwand im Vergleich zur Zeit vor der Flutkatastrophe darstellen und die Ergebnisse in der Sitzung vorzulegen,

c) bis zur Sitzung des Kreis- und Umweltausschusses am 17.02.2025 zu prüfen und in der Sitzung zu erläutern, bei welchen Einzelmaßnahmen durch die Inanspruchnahme externer Projektsteuerung eine Beschleunigung der Maßnahmenumsetzung und/oder eine Entlastung der Verwaltung oder des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement erreicht werden kann. Hierbei ist auch die Möglichkeit einer weitgehenden Übertragung von Bauherrenaufgaben zu betrachten.

Die Finanzierung soll durch eine Ausgabeposition von 1,5 Millionen Euro im Haushaltsplan bzw. im Wirtschaftsplan erfolgen. In gleicher Höhe soll eine Erstattung aus dem Wiederaufbaufonds als Einnahmeposition ausgewiesen werden.“

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 5

mehrheitlich angenommen

Beschluss zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement:

Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan 2025 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

einstimmig beschlossen

Haushaltssatzung / Haushaltsplan

Einzelanträge zum Haushalt:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP:

„1) Folgende neue Stellen im Stellenplan für 2025 werden gestrichen:

TH 1 1,25 Stellen für Vergabe/Wahlen
TH 1 0,5 Stellen für Arbeitsschutz
TH 1 0,5 für Stellenbewertung/ Organisationsuntersuchung
TH 1 1,0 Stellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

2) Folgenden Stellen wird mit Auflagen zugestimmt.

TH 14 4,0 Stellen für die Gewässerwiederherstellung

3) Folgende Stellen werden weiterhin mit dem bisherigen kw-Vermerk geführt (kein Wegfall kw-Vermerk)

TH 4 - 1,0 VZÄ E6 - Führerscheinstelle
TH 4 - 0,26 VZÄ E5 - Zulassungsstelle
TH 4 - 0,5385 VZÄ E6 - Zulassungsstelle
TH 4 - 1,0 VZÄ E5 - Ausländerbehörde/Reisedokumente
TH 4 - 1,0 VZÄ E9a - Asyl/Einbürgerung
TH 4 - 1,0 VZÄ E5 – Ausländerbehörde“

Antrag der FWG-Fraktion:

vorab eine gesonderte Abstimmung speziell zu den 1,25 Stellen Wahlen/Vergabe durchzuführen.

einstimmig angenommen

Antrag der FWG-Fraktion:

nicht wie im Antrag vorgeschlagen die Stellen komplett zu streichen (1,25 Stellen), sondern lediglich um 0,5 Stellen zu kürzen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 26
Enthaltungen: 6

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 8

mehrheitlich angenommen

Antrag der CDU-Fraktion:

„Die Aufwendung für Personal werden pauschal um 1 Million Euro gekürzt.“

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 4

mehrheitlich angenommen

nach Abstimmung mit der Verwaltung modifizierter Antrag der FWG-Fraktion:

„Kreientwicklungskonzept (KEK)

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung:

- Die Bürgermeister der acht hauptamtlich geführten Kommunen zu kontaktieren und die Bereitschaft zur Mitarbeit an einem integrierten Kreientwicklungskonzept abzuklären.
- Eine Leistungsbeschreibung für die Erstellung eines integrierten Kreientwicklungskonzeptes zu erarbeiten, dabei ist auch die generell ergänzend mögliche Einbindung des Programms „Zukunfts-Check-Dorf“ des Landes Rheinland-Pfalz mit zu prüfen.
- Den voraussichtlichen Planungszeitraum, die Kosten und notwendigen Ressourcen sowie die möglichen Förderungen zu ermitteln und darzulegen
Diese Konzeption sollte zu den Haushaltsberatungen 2026 vorliegen, die notwendigen Haushaltsmittel und Fördermittel sind in Einnahme und Ausgabe in den Haushaltsentwurf 2026 einzuplanen.“

Abstimmung:

einstimmig angenommen

Antrag der CDU, SPD, FDP und FWG-Fraktion:

„Der Kreistag beschließt, den Kreisumlagesatz auf 43,65 v. H. festzulegen.“

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 1

mehrheitlich angenommen

Antrag der CDU-Fraktion:

„Im Haushalt wird eine Gewinnabführung der KSK in Höhe von 1 Million Euro sowie eine Ausschüttung des Gewinns aus den RWE-Dividenden der Solarstrom-Ahrweiler GmbH für 2024 in Höhe von 450.000 Euro im Haushalt eingeplant.“

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 2

mehrheitlich angenommen

Beschluss über das mittelfristige Haushaltskonsolidierungskonzept sowie den Gesamthaushalt:

1. Der Kreistag stimmt dem von der Verwaltung vorgelegten mittelfristigen Haushaltskonsolidierungskonzept für die Jahre 2025 bis 2029 zu.
2. Auf der Grundlage der §§ 17 und 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S 188) in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153) in der jeweils geltenden Fassung beschließt der Kreistag

I. die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Jahr 2025 wie folgt festgesetzt werden:**§ 1****Ergebnis- und Finanzhaushalt**

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	322.941.686 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	353.861.656 Euro
der Jahresfehlbetrag auf	-30.919.970 Euro

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-27.659.925 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.621.925 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.234.700 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-4.612.775 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	32.272.700 Euro.

§ 2**Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 Euro
verzinsten Kredite auf	4.612.775 Euro
zusammen auf	4.612.775 Euro

§ 3**Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf 6.450.000 Euro.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 4.050.000 Euro.

§ 4**Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf 86.700.000 Euro.

§ 5**Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen**

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden festgesetzt auf

1. Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	4.018.167 Euro.
2. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	5.000.000 Euro.
3. Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	0 Euro
darunter:	
Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	0 Euro.

§ 6 Kreisumlage

Gemäß § 25 Abs. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.11.2020 (GVBl. S. 606) erhebt der Landkreis von allen kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden eine Kreisumlage.

Der Umlagesatz wird auf 43,65 v.H. festgesetzt.

Die Kreisumlage ist gemäß § 31 Abs. 2 LFAG mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2025 fällig.

§ 7 Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug nach dem zuletzt festgestellten Jahresabschluss per 31.12.2021 rd. 9.077.105,94 Euro. Unter Berücksichtigung der Planzahlen der Haushaltsjahre 2022 bis 2025 beläuft sich das Eigenkapital zum 31.12.2025 voraussichtlich auf - 71.629.182 Euro.¹

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Auf über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO finden § 2 Abs. 2 Ziffer 3 und § 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler Anwendung.

§ 9 Wertgrenze für Investitionen

¹ Aufgrund der finanziellen Folgen der Flutkatastrophe ist damit zu rechnen, dass sich im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2022 ggf. noch negative Veränderungen ergeben werden.

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 60.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 10 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamten wird nicht zugelassen.

II. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 bis 2028
in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

III. den Haushaltsplan 2025 der Gertrud-Pons-Stiftung
in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

*Ja-Stimmen: 33
Enthaltungen: 2
Nein-Stimmen: 0
Ungültige Stimmen: 5*

einstimmig beschlossen

II. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2025 bis 2028

*Ja-Stimmen: 37
Enthaltungen: 3
Nein-Stimmen: 0*

einstimmig beschlossen

III. den Haushaltsplan 2024 der Gertrud-Pons-Stiftung

*Ja-Stimmen: 38
Enthaltungen: 1
Nein-Stimmen: 0*

einstimmig beschlossen

Von der Verwaltung wurden vier Anfragen der AfD-Fraktion, zwei Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und eine Anfrage der FWG-Fraktion schriftlich beantwortet.

19

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Angelegenheiten der Einwohner vor.